

Erlass von Gebühren nun doch erfolgreich

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionsvorsitzenden von Die Liberalen, LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Die Initiative ging von der Wählergruppe „Liberaler Allianz“ aus: „Wir wollten den Vorschlag der CDU, Gastronomen von Gebühren zu befreien, sinnvoll um alle Unternehmen ergänzen“ erläutert ein Sprecher der Wählergruppe.

So wurde ein Beschluss vorgelegt, der neben Biergärten auch Warenaufsteller, Werbung, Fahrradstände und temporäre Verkaufsstände vor dem eigenen Laden für 2021 von Gebühren befreien sollte.

Als Partner für den Antrag konnten die Fraktionen die Liberalen, die Linke, SPD und Grüne gewonnen werden. Auf wenig Gegenliebe stieß der Vorschlag hingegen bei CDU und AfD. Im Stadtrat lieferte sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Christian Klein, einen juristischen Schlagabtausch mit den einbringenden Fraktionen. Nach seiner Ansicht, die dann auch die AfD teilte, sei das Vorhaben verfassungswidrig. „Und das obwohl Städte wie Leipzig das schon seit 2020 so machen und das Landesverwaltungsamt auch den Thüringer Kommunen dafür einen großen Ermessensspielraum zugewilligt hat.“ kommentiert Andreas Schubert (Die Linke).

Die Fraktionen Die Liberalen, Die Linke, SPD und Grüne freuen sich, dass die stark diskutierten rechtlichen Bedenken laut Landesverwaltungsamt keinen Bestand haben.

Dass man politisch nicht einer Meinung sei, könne akzeptiert werden, aber fachliche Diskussionen hätte man gemeinsam führen können. „Das Angebot dazu war da“ so Monika Hofmann (SPD). Norbert Hein von den Liberalen ergänzt: „Das Vorhaben war inhaltlich und juristisch korrekt, wie nun auch das Landesverwaltungsamt bestätigt.“

Dass nun der ein oder andere einmal in sich gehe und seine Kommunikationsweise überdenke, wünschen sich alle Beteiligten. Sie sind sich einig: „Häme und Vorwürfe könnten sich auch schnell ins Gegenteil verkehren“.

(30.09.2021)